

Kasachstans Entwicklung zwischen Armenhaus und Schatzkammer. (II): Soziale Probleme, politische Kultur und Nationsbildung

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1998). *Kasachstans Entwicklung zwischen Armenhaus und Schatzkammer. (II): Soziale Probleme, politische Kultur und Nationsbildung*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 32/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47584>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kasachstans Entwicklung zwischen Armenhaus und Schatzkammer

Teil II: Soziale Probleme, politische Kultur und Nationsbildung

Zusammenfassung

Der international positiv bewerteten Wirtschaftsliberalisierung Kasachstans stehen enorme soziale Probleme gegenüber. Die Produktionsrückgänge in der ersten Hälfte der neunziger Jahre sowie der Rückzug des Staats und der Betriebe aus sozialen Versorgungs- und Sicherungsaufgaben im Lauf der Wirtschaftstransformation und Reformpolitik gingen mit einer Verarmung breiter Bevölkerungsteile einher. Neue soziale Sicherungssysteme sind erst im Aufbau begriffen. Das für die Bevölkerung spürbarste Zeichen der Krise sind Zahlungsrückstände bei Löhnen und Renten. Öffentliche Dienstleistungssektoren wie das Gesundheits- und Bildungswesen hatten unter empfindlichen Einschnitten zu leiden. Regression signalisieren auch die neueren demographischen Trends in Kasachstan. Die soziale Krise und weniger die lange Zeit überschätzten ethnopolitischen Spannungen zwischen kasachischen und russischsprachigen Bevölkerungsteilen wird in neueren Stabilitätsanalysen als das Hauptproblem des Landes dargestellt. Die Frustration der Bevölkerung richtet sich, anders als in Rußland, nicht primär gegen den Präsidenten und die Zentralregierung und wird im allgemeinen nicht in politische Aktionen umgesetzt. Dennoch brachten 1997 und 1998 vereinzelte Streiks und Demonstrationen die soziale Spannung zum Ausdruck.

Soziale Entwicklung

1997 hat sich der Protest gegen Einschnitte im Lebensstandard der Bevölkerung in Demonstrationen in Almaty und einigen Städten Nordkasachstans artikuliert. Anfang 1998 beschäftigten Hungerstreiks und Demonstrationen in einigen Großbetrieben die Öffentlichkeit, besonders die Forderung nach Bezahlung von Lohnrückständen der Jahre 1996 und 1997. Auf der Beschwerdeliste der Proteste standen auch Engpässe in der Energieversorgung, die der Rohstoffriese Kasachstan seiner Bevölkerung zumuten mußte. Die Stimmung entspricht dem Bild, das die amerikanische Regionalexpertin Martha Brill Olcott in bezug auf die gesamte kaspische Region zeichnet: weitverbreitete Verbitterung in der Bevölkerung und ein Gefühl der Enteignung (growing sense of deprivation) in Hinsicht auf die Verschlechterung des eigenen Lebensstandards. Dieses Gefühl habe anfänglich die russischsprachigen Minderheiten beherrscht, sich dann aber auch auf die Titularnationen ausgeweitet. Die von den Wirtschafts- und Machteliten getragenen hohen

Erwartungen in die kaspische Rohstoff-Bonanza hellen die pessimistische Grundstimmung der Bevölkerung kaum auf, weder in Aserbaidschan noch in Kasachstan. Besonders der Zusammenbruch des Arbeitsmarkts habe die Frustration der Bevölkerung gegen vermeintlich korrupte Umstände der Privatisierung gerichtet. Die soziale Krise berge Potential für Oppositionsbewegungen, das sich in Kasachstan bereits in Ansätzen einer Gewerkschaftsbewegung manifestiere.¹

Zu einem anderen Bild hinsichtlich des Protestverhaltens gelangt eine repräsentative Umfrage über die Reaktion der Bevölkerung auf die soziale Krise, die im Spätsommer 1997 unter 1.986 Bürgern Kasachstans durchgeführt wurde. Ihre Zusammenfassung unter der Überschrift "Suffering without protest"² präsentiert folgende Ergebnisse: Als Hauptproblem des Landes wird die Arbeitslosigkeit bezeichnet, gefolgt von den Zahlungsrückständen bei Löhnen und Renten. 19% der Bevölkerung suchen Arbeit. Von den Beschäftigten haben nur 20% in den zurückliegenden sechs Monaten ihren Lohn ausgezahlt bekommen. Die Bevölkerung überlebt teilweise auf der Basis von Natural- und Subsistenzwirtschaft ("aus dem eigenen Garten" u.a.). Nur 4% verfügen über Sparguthaben. Auffallend ist aber, daß die Bevölkerung nicht den Präsidenten für die Verschlechterung ihrer Lebenssituation verantwortlich macht. Nur 6% schreiben Nazarbaev und seiner Reformpolitik die Schuld an der Misere zu. Die lokale Verwaltungsebene wird stärker in die Verantwortung genommen (36%) als die Landesregierung (29%). Hier folgt die Bevölkerung Kasachstans einem anderen Muster der Schuldzuweisung als die Rußlands. Das Resümee der Studie lautet: Abgesehen von einzelnen Streik- und Protestaktionen drückt die Bevölkerung ihre Frustrationen und Beschwerden nicht durch politische Aktionen aus.

Artikel 28 der Verfassung Kasachstans von 1995 garantiert jedem Bürger der Republik einen Mindestlohn und Unterstützungsleistungen bei Arbeitsunfähigkeit durch Alter, Krankheit, Invalidität und andere Umstände. Diese staatliche Zusage der Wahrung sozialer Sicherheit stimmt aber längst nicht mehr mit der Entwicklung des Landes überein. Die Wirtschaftsreformen führten zur Entlastung der Betriebe von unmittelbaren sozialen Aufgaben. Dabei wurde die Abhängigkeit ganzer Städte von bestimmten Großbetrieben spürbar. Etwa 57 größere und mittlere Städte Kasachstans waren mit dem größten Teil ihrer Arbeitskräfte von zwei oder drei Firmen abhängig.³ Die Schaffung eigenständiger Fonds zur Finanzierung des Sozialsystems (Arbeitslosenfonds, Rentenfonds, Krankenversicherungsfonds, Sozialversicherungsfonds) konnten den Wegfall dieses wichtigsten Trägers sozialer Leistungen in sowjetischer Zeit nicht kompensieren. Auch der Staat zog sich immer weiter aus sozialen Sicherungssystemen zurück. Die strikte Stabilitätspolitik beruhte auf drastischen Kürzungen öffentlicher Ausgaben und Verzögerungen bei der Auszahlung staatlicher Verpflichtungen. Zahlungsrückstände bei Löhnen, Pensionen und anderen staatlichen Verpflichtungen belaufen sich inzwischen angeblich auf 40% des BIP.⁴

Eine Privatisierung des Rentensystems wird als eine der wichtigsten Reformen der Gegenwart bezeichnet.⁵ Bis Juli 1996 war ein Gesetz "Über Pensionen in der Kasachischen SSR" vom Juni 1991 in Kraft. Am Ende der sowjetischen Periode verabschiedet, reflektierte es noch das Staatsmonopol von Produktion und Distribution und damit Bedingungen, die sich inzwischen radikal verändert hatten. Schon 1992 geriet es in Konflikt mit der sozialökonomischen Realität. In den folgenden Jahren häuften sich die Zahlungsrückstände bei Pensionen an. 1997 wurde eine Reform des Rentensystems diskutiert. Ein Projekt vom März 1997 sieht den Übergang zu einem nichtstaatlichen System vor, bei dem das bisherige Umlage- oder Solidaritätsprinzip durch eine Mischung aus Grundrente, Pflichtbeiträgen zu nichtstaatlichen Rentenfonds und freiwilliger privater Altersvorsorge ersetzt werden soll. Anfang 1997 betrug die Zahl der Rentner 2,7 Mio. und die Höhe der Durchschnittsrente

¹ Martha Brill Olcott, *The Caspian's False Promise*, in: *Foreign Policy*, Summer 1998, S. 95-113, bes. S. 107f.

² *Central Asia Monitor*, 3/1998, S. 27-29.

³ EIU (Economist Intelligence Unit) *Country Profile Kazakhstan 1997-98*, S. 11.

⁴ *Stability brings its own problems*, in: *Financial Times Survey: Kazakhstan*, June 17, 1998, S. 2.

⁵ Ebenda, S. 2; *Republic of Kazakhstan Human Development Report (nachfolgend: HDR) 1997*, Almaty 1997, S. 26f.

3.283 Tenge (75 Tenge = 1 US-\$). 37.000 Personen (Kriegsveteranen, ehem. Regierungsbeamte) bezogen Sonderrenten zwischen 5.000 und 10.000 Tenge.⁶

Nach Angaben des "Human Development Report" Kasachstans für 1997 sind für mehr als 70% der Bevölkerung Löhne und Gehälter die Haupteinkommensquelle. Ende 1996 wurden die niedrigsten Löhne (bis 6.500 Tenge) in der Land- und Forstwirtschaft und im öffentlichen Dienst (soziale Dienstleistungen, Gesundheitswesen, Kultur- und Bildungssektor) bezahlt, die höchsten (11.000 Tenge und mehr) im Transport- und Baubereich, in der Industrie und besonders im Energiesektor. In den letzten drei Jahren häuften sich Zahlungsrückstände der Firmen gegenüber ihren Mitarbeitern an. Bereits Ende 1996 beliefen sie sich auf fast 50 Mrd. Tenge. Nach Einschätzung des "Human Development Report" erfüllen die Löhne nicht eine einzige ihrer ökonomischen Grundfunktionen: Sie reichen für den Großteil der Beschäftigten für einen normalen Lebensstandard der Familien nicht aus; sie dienen nicht als Leistungsanreiz, da sie kaum auf die Qualität der Arbeitsleistung bezogen sind, und sie bestimmen nicht wesentlich die Nachfrage nach Konsumgütern.⁷

Arbeitsmarktdaten sind äußerst lückenhaft. Die offizielle Arbeitslosenquote erreichte Anfang 1997 rund 4%, ist aber aufgrund hoher verdeckter Arbeitslosigkeit viel zu niedrig angesetzt. Die statistische Kategorie "Beschäftigte in der Wirtschaft", die nur registrierte Groß- und Mittelbetriebe erfaßt, verringerte sich zwischen 1993 und 1997 von 5,6 Mio. Personen auf 3,7 Mio.⁸ Sektoral und regional variiert die Arbeitslosigkeit erheblich. Am schlimmsten ist der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt betroffen, 1996 mit 44% der gesamten Arbeitslosenzahl. Viele landwirtschaftliche Betriebe entließen nach der Veränderung ihrer Eigentumsform Personal. Gegenwärtig wächst die Arbeitslosigkeit besonders in den traditionellen Viehzuchtgebieten.

Eine offiziell geltende statistische Armutsgrenze scheidet an der Unvollständigkeit der Einkommensdaten. Das Arbeitsministerium errechnete einen Mindestwarenkorb, dem im Dezember 1996 ein Wert von rd. 3.000 Tenge entsprach. Gleichzeitig ermittelte eine Lebensstandardstudie die Situation in 2.000 Haushalten. Danach lagen 30,9% der Bevölkerung unterhalb des Mindeststandards. Insbesondere auf dem Land herrscht Armut vor. Die Hauptgründe für die Verarmung der Bevölkerung liegen im Verfall der Realeinkommen in der Periode von 1991-1995, in monetären Reformen und Inflationseffekten, durch welche die Sparguthaben entwertet wurden, in den Zahlungsrückständen für Löhne und Pensionen, im Ansteigen der Arbeitslosigkeit, in der wachsenden regionalen und sektoralen Lohndifferenzierung und hohen Einkommenssteuern, die sich nicht am realen Einkommen orientierten.⁹

Bildungs- und Gesundheitswesen

Zu erheblichen Einschränkungen kam es im Bildungs- und Gesundheitswesen. 1996 wurden nur noch 3,8% des BIP für Investitionen im Bildungswesen verwendet, 1990 waren es noch 7%. Die Finanzierung des Gesundheitswesens schrumpfte auf 3% des BIP. In beiden Sektoren und in weiten Bereichen der Wirtschaft kam es durch die Emigration qualifizierter Arbeitskräfte zu erheblichen Kader-Engpässen.

In der Periode von 1991 bis 1996 ist die Zahl der Schüler und Studenten aller Bildungseinrichtungen um 39% gesunken, von insgesamt 5,7 Mio. 1991 auf 3,5 Mio. 1996.¹⁰ Beamte geben nach Auskunft Martha Brill Olcotts im Privatgespräch zu, daß schätzungsweise ein Drittel der schulpflichtigen Kinder den Unterricht im Winter nicht besuchen. In einigen ländlichen Gebieten sei die 12-klassige Schule auf eine 9-klassige herabgestuft worden.¹¹

⁶ HDR, 1997, S. 28.

⁷ Ebenda, S. 33.

⁸ Kasachstan zwischen Stagnation und Wachstum, vwd – GUS-Republiken /16.6.1998/roe, S. 2.

⁹ HDR, 1997, S. 31.

¹⁰ Ebenda, S. 5.

¹¹ Martha Brill Olcott, op. cit., S. 106.

Das Gesundheitswesen wurde 1995 reorganisiert. Es wurde ein neues Versicherungssystem aus drei Komponenten, dem staatlichen und dem privaten Sektor sowie einer obligatorischen Krankenversicherung, eingeführt. Am weitesten schritt die Privatisierung im Bereich der pharmazeutischen Dienstleistungen voran. 1995-1996 wurden mehr als 5.000 Lizenzen für den Handel mit pharmazeutischen Produkten erteilt.¹² Kasachstan ist aber hochgradig vom Import solcher Produkte abhängig. Sein Bedarf an Medikamenten aus dem Ausland wird auf 300 Mio. US-\$ geschätzt. Staatliche Finanzmittel decken nur 20% dieses Bedarfs ab. Ein 1996 verabschiedetes "Staatliches Programm für die Entwicklung pharmazeutischer Industrie" verfolgt das Ziel, diese Importabhängigkeit zu reduzieren.

Das Land verzeichnete in den neunziger Jahren Zunahmen bei Cholera-, Tuberkulose- und Diphtherie-Epidemien. Besonders Tuberkulose ist inzwischen wieder sehr weit verbreitet. Wo medizinische Unterversorgung mit gesundheitsschädigenden Umweltproblemen zusammentraf, entstanden medizinische Notstandsgebiete wie in der Umgebung des Aralsees. Hier beträgt die Lebenserwartung 59,8 Jahre im Vergleich zum nationalen Durchschnitt von 68,6 Jahren. Registrierte Fälle von Alkoholismus und Drogenmißbrauch haben 1997 um 40% gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

Demographische Entwicklung

Kasachstan erlebt seit 1993 einen Bevölkerungsrückgang. Die Geburtenrate nahm von 23,1 pro 1.000 im Jahr 1989 auf 16,8 im Jahr 1995 ab, die Sterberate nahm im gleichen Zeitraum von 7,6 pro 1.000 auf 10,2 zu.¹³ "Depopulation" (die Sterberate übersteigt die Geburtenrate) wurde für die Russen und Ukrainer Kasachstans seit 1993, für die Deutschen seit 1996 registriert. Bei den Kasachen war ein deutlich geringer werdendes, aber immer noch positives natürliches Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Die Emigrationsrate (Auswanderung vor allem der russischsprachigen Bevölkerung) stieg bis 1994 steil an (1994: negatives Migrationssaldo von mehr als 410.000). In den folgenden Jahren verringerte sich das negative Migrationssaldo (1995: 238.000. 1996: 160.000). Insgesamt nahm die Bevölkerung zwischen 1991 und 1996 um 1,274 Mio. ab. Anfang 1997 lebten in Kasachstan 16,4 Mio. Menschen. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist zwischen 1990 und 1995 um 4,7 Jahre gesunken. Eine derart rapide Reduktion wurde seit 35 Jahren nicht beobachtet.

Unter den Migrationsprozessen im Lande selber wurde die unkontrollierte Zuwanderung ländlicher Kasachen in die multinationalen Städte das Hauptproblem. Sie ist auf das Gefälle der Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land zurückzuführen. Lebensstandard und soziale Infrastruktur sind auf dem Land generell und regional im ländlich strukturierten Süden Kasachstans besonders schlecht.¹⁴ Süd-Nord-Migrationen und Landflucht wird zu einer Quelle für soziale und interethnische Konflikte in den Städten.

Umweltprobleme

Nach Rußland hat Kasachstan das schwerste ökologische Erbe aus der Periode sowjetischer Industrialisierung und Hochrüstung zu tragen. Während in Usbekistan und Turkmenistan vor allem die Land-

¹² HDR, 1997, S. 54.

¹³ Ebenda, S. 61.

¹⁴ 1993 lag der per-capita-Anteil am BIP in der Nordprovinz Pavlodar (maximum index) 4,7 mal höher als in der Provinz Südkasachstan (minimum index); 1995 betrug der Unterschied zwischen der Provinz Mangystau in Westkasachstan (maximum index) und der Provinz Taldykurgan (minimum index) das 7,5 fache. HDR, 1997, S. 7.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

wirtschaft (Baumwolle) umweltschädigend wirkte, verbanden sich in Kasachstan die Hauptfaktoren sowjetischer Umweltschädigung – Rüstung, Industrie und Landwirtschaft. Riesige Bodenflächen wurden für atomare, chemische und biologische Waffenproduktion sowie Testzwecke genutzt und dabei verseucht. Die industrielle Umweltschädigung zeigt sich vor allem in der Luftverschmutzung, die in den nordöstlichen und zentralen Industriegebieten (Pavlodar, Karaganda, Džezkazgan u.a.) Spitzenwerte erreicht. Die landwirtschaftlichen Umweltschäden werden von der Tragödie des Aralsees angeführt.

Politische Entwicklung und institutionelle Reformen

Das Hauptelement politischer Kontinuität in sieben Jahren staatlicher Unabhängigkeit ist Präsident Nazarbaev. Andere Elemente des politischen Systems fluktuierten stark. Es gab bislang drei Parlamente und mehrere Wechsel der Regierungsmannschaften unter zwei Ministerpräsidenten sowie institutionelle Veränderungen der Exekutive, darunter die Reduzierung der Ministerien von 47 auf 14. Im Zusammenhang mit der Verschlechterung des Lebensstandards wurde aber durch die permanente Transformation der Regierungsorgane ein Konflikt zwischen den offiziell erklärten Zielen dieser Änderungen und den tatsächlichen Leistungen der Exekutive geschaffen. Darunter litt die Akzeptanz von Reformen durch die Bevölkerung, das Vertrauen in die Staatsorgane und die Autorität der Staatsgewalt. Der niedrige Stand juristischer Kenntnisse in der Öffentlichkeit, eine weitverbreitete Geringschätzung von Gesetzen und das Fehlen eines modernen Ausbildungssystems für öffentliche Verwaltung bilden gravierende kulturelle Barrieren für institutionelle Reformen.¹⁵

Die erste nachsowjetische Verfassung von 1993, die dem Präsidenten bereits weitgehende Machtbefugnisse eingeräumt hatte, wurde 1995 auf Initiative Nazarbaevs per Referendum durch eine Neufassung ersetzt, die noch stärker auf eine Präsidialautokratie zugeschnitten war. Theoretisch gewährt die Verfassung volle Bürgerrechte und Gewissensfreiheit ebenso wie soziale Gerechtigkeit. In Wirklichkeit steht jedoch Opposition gegen die Politik des Präsidenten unter starkem Druck durch die Sicherheitskräfte und Justizbehörden des Landes.

Das zuletzt im Dezember 1995 gewählte Zweikammer-Parlament besteht aus einem 67-köpfigen Unterhaus (Majlis) und einem 47-köpfigen Senat. In seiner ethnischen Zusammensetzung zeigt sich mit der Überrepräsentation von Kasachen ein Trend zur verstärkten Indigenisierung der politischen Elite des Landes. Wie in allen zentralasiatischen und kaspischen Staaten gilt das Parlament als eine Institution, die weder willens noch verfassungsmäßig in der Lage ist, ein reales politisches Gegengewicht zur Exekutive zu bilden. Es macht nur selten Gebrauch von seinem Recht, Regierungsentwürfe zurückzuweisen – zuletzt bei einem Entwurf, der die Beschränkung von Versammlungs-, Meinungs- und Bewegungsfreiheit in der neuen Hauptstadt Astana vorsah. Die außerparlamentarische Opposition ist in der Bevölkerung nur schwach verankert, trotz nationsweiter sozialer Frustration. Zu den wichtigsten Oppositionsgruppierungen gehört die Bewegung "Azamat" und ein unabhängiges Gewerkschaftszentrum. Die bekanntesten Kritiker der Regierungspolitik sind der ehemalige Ministerpräsident Kažegeldin und die Azamat-Führer Murat Auezov und Petr Svojk. Auezov wurde 1997 in die Regierung kooptiert.

Der letzte Regierungswechsel fand 1997 mit der Ersetzung des Ministerpräsidenten Kažegeldin durch Nurlan Balgimbaev statt. Hinter dem neuen Regierungschef vermutete man das Auftauchen der einheimischen Öl- und Gaslobby als eine politische Kraft, die sich gegen den "Ausverkauf der Bodenschätze Kasachstans an das Ausland" artikulieren würde. Aber der Hauptgrund liegt wohl darin, daß Kažegeldin einen Grad an politischer Eigenmächtigkeit entwickelt hatte, der dem in Zentralasien gängigen Muster einer strikten Präsidialautokratie nicht mehr entsprach. Der Konflikt mit Nazarbaev war programmiert.

Die vier mächtigsten Institutionen des Landes sind nach dem Präsidenten die Regierung, die Nationalbank und das Komitee für Nationale Sicherheit. Trotz formaldemokratischer Attribute des

¹⁵ HDR, 1997, S. 14.

Staatswesens ist die einzige Quelle politischer Entscheidungen der Präsident. Dabei trifft Nazarbaev mitunter ausgesprochen eigenwillige Entscheidungen, die seinen eigenen bürokratischen Apparat konsternieren – am meisten die Entscheidung über die Hauptstadtverlegung von Almaty nach Aqmola. Der Name der neuen Hauptstadt wurde nicht zuletzt deshalb in Astana geändert, weil eine der verschiedenen Bedeutungen von "Aqmola" "weißes Grab" lautet und nur allzu sehr die Stimmung der vom Umzug betroffenen Umgebung des Präsidenten traf.

Nationsbildung

Entscheidend für die politische Stabilität Kasachstans ist neben der sozioökonomischen Entwicklung die Vermeidung interethnischer Spannungen und die Begründung einer integrierenden Staatsidentität, die von den ethnischen Minderheiten, insbesondere der russischen, mitgetragen wird. Seit seinem Amtsantritt als Präsident hat Nazarbaev die Integration aller Staatsbürger Kasachstans in eine nationale Gemeinschaft mit Nachdruck betont und jeglichen Ethnonationalismus abgelehnt. 1997 erklärte er zum "Jahr der nationalen Eintracht und des Gedenkens an die Opfer politischer Repressalien", 1998 zum "Jahr der Einheit des Volkes und der nationalen Geschichte". Diese mit Nachdruck vertretene Integrationsrhetorik weist auf ein Hauptproblem des Landes hin, seine "Bifurkation" in kasachisch-asiatische

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071

und russischsprachig-europäische Bevölkerungs- und Landesteile.¹⁶ Zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeit standen sich hier annähernd gleich große Bevölkerungshälften gegenüber. Inzwischen hat sich durch die starke Auswanderung der Russischsprachigen das Gewicht deutlich zu den Kasachen hin verlagert. Die russische Bevölkerung ist vor allem in Nordkasachstan konzentriert, wo in einigen Provinzen Kasachen eine deutliche Minderheit bilden. Der Süden des Landes ist stärker mittelasiatisch geprägt, hier leben neben Kasachen vor allem viele Usbeken.

Allerdings stehen sich Kasachen und Russen nicht als monolithische Nationalitäten gegenüber. Die russische Bevölkerung bildet kein in sich geschlossenes nationales "Sezessionspotential". Auch die Kasachen sind nach regionaler Herkunft (Nord-Süd-Differenzierung), Stammesbindungen (Zugehörigkeit zu drei sogenannten "Horden" oder "Džuzen") und sozialen Kriterien differenziert, so daß die oben erwähnte "Bifurkation" eine unstatthafte Vereinfachung darstellt. Bisher konnte die territoriale Integrität des Landes gewahrt und konsolidiert werden. Anfängliche Prognosen über einen Zerfall Kasachstan entlang der Nord-Süd-Linie und über interethnische Kollisionen haben sich nicht bestätigt. Aber die Wahrung der ethnopolitischen Balance bleibt eine der Hauptherausforderungen an die Politik in Kasachstan. In letzter Zeit wird betont, daß die soziale Polarisierung im Vergleich zu den ethnischen Unterschieden das stärkere Krisenpotential bildet. "Nationsbildung" wird somit wesentlich von der Perspektive sozioökonomischer Entwicklung mitbestimmt.

Zwischen Norwegen und Nigeria

Für die rohstoffreichen kaspischen Staaten stellt sich die Frage, wie sich zukünftige Exporterlöse auf die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat auswirken werden. Das denkbare Entwicklungsspektrum wird in einer Spanne "zwischen Norwegen und Nigeria" angesetzt.¹⁷ Die ehemaligen Sowjetbürger sind zweifellos mit einem Bildungsniveau in die Unabhängigkeit angetreten, das nachkoloniale Gesellschaften in Afrika nie erreicht haben. Aber gerade im Bildungssektor und anderen sozialen Dienstleistungsbereichen kam es in der Transformationsperiode in den betreffenden Staaten zu starken materiellen Einbrüchen, so daß hier eher eine regressive Entwicklung zu verzeichnen ist. Das Beispiel Nigerias zeigt, daß Rohstoffreichtum verengte und einseitige Entwicklung forcieren kann. Um dem zu entgehen, müßten die kaspischen Staaten willens und in der Lage sein "to build economies based more broadly than just on oil and gas"¹⁸. Die Exporterlöse müßten in den Ausbau der Infrastruktur der Länder und weitere Wirtschaftsreformen zurückfließen. Heute zeigen postsowjetische kaspische Staaten "nigerianische Merkmale". Dazu gehören die wachsende soziale Polarisierung, die Abhängigkeit der Länder von ihren "starken Führern", die sich in ihren Präsidialautokratien eingerichtet und den Raum für demokratisch-pluralistische Entwicklung stark eingeschränkt haben, und nicht zuletzt die Bedeutung von Patronage- und Klientelstrukturen, von Clanbildungen bei der Formierung von Wirtschafts- und Machteliten.

Uwe Halbach

¹⁶ Dazu besonders: Beate Eschment, Hat Kasachstan ein "Russisches Problem"? Revision eines Katastrophenbildes. Sonderveröffentlichung des BIOst, Februar 1998.

¹⁷ A Caspian gamble. Economist, February 2, 1998. A Survey of Central Asia, S. 18.

¹⁸ Ebenda.